



Presseinformation

9. Dezember 2009

Klieves „Sparkultur“ wirklichkeitsfremd Essen steht AUF: Kommunale Entschuldung nötig

Den kürzlich vorgestellten Sparkurs des neuen Kämmers mit dem Ziel, die Pleite der Stadt formal zu vermeiden, um nicht unter die Fuchtel eines Sparkommissars aus Düsseldorf zu kommen, hält das Kommunalwahlbündnis „Essen steht AUF“ für Wunschdenken. „Ein Zurückfahren des Defizits von jetzt erwarteten 400 Millionen auf 20 Millionen in wenigen Jahren ist völlig unrealistisch“, so AUF-Ratscherr Dietrich Keil. „Ebenso ist eine spätere Begrenzung auf 20 Prozent des schnell schwindenden Eigenkapitals der Stadt lebensfremd, weil damit das Defizit gegen Null streben soll, während die Schuldenfalle immer weiter aufreißt“.

Noch sei die tiefe Weltwirtschaftskrise nicht vorbei. Drastische Einnahmerückgänge und Ausgabensteigerungen in den nächsten Jahren werden erwartet. Der NRW-Städtetag spricht in seinem Gemeindefinanzbericht von der größten kommunalen Finanzkrise seit dem II. Weltkrieg, die Städte seien schon jetzt „ausgepresst wie Zitronen“. Gerade sorgt Schwarz-Gelb in Berlin mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz und dem Bürgerentlastungsgesetz für ein weiteres Absinken der kommunalen Einnahmen um 3,5 Milliarden.

Klieve hat Schließungen von Bürgerämtern und Büchereien angekündigt. OB Paß will an alle städtischen Leistungen gehen und bis zu einem Drittel der Stellen bei der Stadt streichen. „Damit stehen drastische Verschlechterungen der Daseinsfürsorge in Essen ins Haus“, erwartet Keil. „Dabei leben wir mit 80 000 Hartz IV-Beziehern und 30 Prozent Kinderarmut wahrhaftig nicht im Luxus. Nicht die Essener Bürger sind für die Überschuldung der Stadt verantwortlich. Diese hat vor allem die chronische Unterfinanzierung der kommunalen Aufgaben durch Bund und Land zur Ursache. An der Überschuldung mit jetzt über 3 Milliarden wird auch ein noch so umfangreiches Sparprogramm auf Kosten der Bürger und Beschäftigten substantiell nichts ändern.“

Das einzige was helfe sei eine radikale Entschuldung der Stadt. „Wir treten für einen Zinsstopp ein, für ein Moratorium auf Kosten der Banken, die von der Überschuldung der Kommunen seit Jahrzehnten profitieren. Das würde Essen Entlastungen im dreistelligen Millionenbereich bringen“, schlägt der Ratscherr vor. „Zweitens muss man die riesigen Schulden der Stadt verringern. Was bei Banken mit den „Bad Banks“ zur Schuldenabschreibung problemlos möglich ist, warum soll das für Kommunen nicht auch möglich sein? Dafür sollten sich Städtetag und strukturschwache Kommunen wie Essen einsetzen.“

Mit freundlichen Grüßen und der Bitte um Veröffentlichung

Dietrich Keil

Tel. 0201-556323